

EANS-Adhoc: Österreichische Post AG verhandelt mit Bundesregierung Voraussetzungen für Wechsel von Postbeamten zur Polizei

Ad-hoc-Mitteilung übermittelt durch euro adhoc mit dem Ziel einer europaweiten Verbreitung. Für den Inhalt ist der Emittent verantwortlich.

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG hat am 12. November 2009 die Möglichkeit eines Wechsels von arbeitsplatzverlustigen bzw. von einem Arbeitsplatzverlust bedrohten Beamten der Post zum Bund genehmigt. Derzeit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in den nächsten Jahren Beamte freiwillig zum Bundesministerium für Inneres (BMI) wechseln können.

"Diese Lösung ist ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Wir haben hiermit die Chance, Beamten die ihren Arbeitsplatz bei der Post verlieren eine neue Perspektive zu geben. Durch die stetige Reduktion der Briefmengen werden immer weniger Mitarbeiter bei der Österreichischen Post benötigt. Damit können wir diesen unaufhaltbaren Strukturwandel besser gestalten", so Post-Generaldirektor Dr. Georg Pölzl. "Sozialverträglicher Personalabbau kostet Geld, ist aber eine gute Investition in die Zukunft und entlastet die Kostenstruktur nachhaltig."

Rückfragehinweis:

Österreichische Post AG
Leitung Investor Relations
DI Harald Hagenauer
Tel.: +43 57767-30400
harald.hagenauer@post.at

Leitung Konzernkommunikation
Mag. Manuela Bruck
Tel.: +43 577 67-21897
manuela.bruck@post.at

Konzernkommunikation/Pressesprecher
Michael Homola
Tel.: +43 577 67-32010
michael.homola@post.at

*Emittent: Österreichische Post AG
Postgasse 8
A-1010 Wien
Telefon: +43 (0)57767-0
Email: investor@post.at
WWW: www.post.at
Branche: Transport
ISIN: AT0000APOST4
Indizes: ATX Prime, ATX
Börsen: Börse: Wien
Sprache: Deutsch*



Aussendung übermittelt durch euro adhoc
The European Investor Relations Service